

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich, Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Veilage, Synodal-Veilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsegeleschen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 29

Sonnabend, 5. Februar

1921

Neue Regierungsvorlagen im Landtage.

Dem Landtage sind die bereits angekündigten Vorlagen über die Änderungen im Polizeiwesen (weitere Verstaatlichung der Polizei) und über die Erhöhung der Höhe des Stempelsteuergesetzes um 100 Proz. zugegangen. Näheres darüber ist auf der heutigen Landtagsbeilage ersichtlich.

Die Kinderzulagen für die sächsischen Beamten.

Nach einer Mitteilung des Präsidenten des Landtags zu Beginn der gestrigen Kammer Sitzung hat die Regierung eine neue Vorlage über die Kinderzulagen für die sächsischen Beamten angekündigt.

Vom Landtage.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurden die Anträge des Abg. Stellmann (Deutschnat.) und Gen. auf Berücksichtigung der Einkommen aus dem Kirchenamt bei den Ruhestandsbezügen der unter Ziffer 7 des Gesetzes vom 21. Mai 1920 genannten Angehörigen des Lehrentandes und des Abg. Claus (Dem.) und Gen. auf Einbringung eines Gesetzesentwurfs wegen Regelung der persönlichen Volksschulzulagen in Schlußberatung einstimmig angenommen. Der Bericht über die Sitzung befindet sich in der heutigen Landtagsbeilage. Die nächste Sitzung findet am 22. Februar nachmittags 1 Uhr statt.

Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung.

Sachsen steht im Begriff, sich einer Stelle zu werben, wie sie im allgemeinen nur in der Reichshauptstadt bestehen: Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung soll in Dresden seinen Sitz erhalten. Der Grund für diese Erhebung unserer Landeshauptstadt und Sachsen ist in den vorbildlichen Leistungen zu suchen, mit denen der verdorbene Ehrenbürger unserer Stadt, Dr. Carl Dr. Lingner, in der gesundheitslichen Volksbelehrung vorangegangen ist und die ihren dauernden Niederschlag in der großzügigen Lingner-Stiftung und im Hygiene-Museum gefunden haben. Von diesen Einrichtungen und von den Persönlichkeiten, die an ihnen wirken, verspricht man sich offenbar eine reichliche Förderung für die Tätigkeit der geplanten Reichsstelle. Auf der anderen Seite sollte mit dieser Erhebung auch das Streben des Hygiene-Museums, für ganz Deutschland seine Schätze dienstbar zu machen, entschieden erleichtert werden. Gerade in der Zeit unseres tiefsten Darniederliegens ist die Volksgesundheit das allerwichtigste Gut, das es zu schützen gilt. Viele der Wege, die früher, als wir noch reich waren, zu beschreiten die Möglichkeit bestand, sind uns versperrt. Um so wichtiger ist es, darauf hinzuwirken, daß jeder sich selbst soweit als irgend möglich zu schützen und zu kräftigen lernen soll. Die praktische Arbeit in dieser Richtung wird ja allerdings den Landesauschüssen, von denen sich schon eine ganze Reihe im Reich gebildet haben, zufallen, dagegen wird der Reichsausschuß seine große Aufgabe darin finden, diese Bestrebungen nun nach Kräften lebendig zu erhalten und zu unterstützen. Wir begrüßen es, daß die Vertreter der verschiedenen Länder hier in Dresden Gelegenheit haben, unsere Einrichtungen kennenzulernen; andererseits ist es erfreulich, daß nun Sachsen in enge Fühlung mit den anderen Landesauschüssen tritt, um so allen Wünschen, die sich für die tiefere Durchbildung der hygienischen Volksbelehrung ergeben, in gegenseitiger Weise gerecht werden zu können. Es sind schwierige organisatorische und technische Aufgaben, die den Reichsausschuß erwarten; wir hoffen, daß schon die erste Tagung einen regen Gedankenaustausch herbeiführen und den Auftakt zu einem bedeutungsvollen Fortschritt in dieser hochbedeutenden Aufgabe bilden wird.

Benizelos in London.

Paris, 4. Februar. Nach einer Meldung der „Daily News“ ist Benizelos in London angekommen.

Die neuen Steuern.

Erhöhung der Zuckersteuer.

Berlin, 4. Februar. Der Reichsfinanzminister hat bereits angekündigt, daß zur Deckung des durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Fehlbetrags im Reichshaushaltsetat das Gebiet der indirekten Steuern herangezogen werden müsse. Wie wir hören, liegt bereits ein Entwurf vor, der die Erhöhung der Zuckersteuer von 14 M. auf 100 M. für den Doppelpentner vorsieht, außerdem befinden sich Entwürfe in Ausarbeitung, die eine Erhöhung der Branntweinabgabe, der Reichs-Stempelsteuern, des Versicherungstempels, des Börsenumsatzstempels und die Einführung einer Teufelumsatzsteuer vorschlagen; ferner wird an die Erhöhung der Umsatz- und der Kohlensteuer gedacht.

Staatssekretär Bergmann und die Brüsseler Verhandlungen.

Berlin, 4. Februar. Wie wir erfahren, hat der 1. Delegierte der deutschen Delegation in Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Festsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. d. M. erhalten. Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und hierbei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Hörigkeit des deutschen Arbeiters.

Paris, 4. Februar. Das Blatt „Le Peuple“

Deutschlands Anebelung.

A. Genf, 4. Februar. Wegen die deutsche Ablehnung der Pariser Beschlüsse wendet sich am heftigsten der „Temps“, der die Gefahr des völligen Ruins für Frankreich und die Gefahr eines neuen Krieges herandämmern sieht, wenn diese Beschlüsse nicht reiflich durchgeführt würden. Frankreich würde bei einer Revision dieser Beschlüsse nur lächerlich geringe Summen erhalten und die Rechtsparteien in Deutschland, für die eine Revision des Abkommens vom 29. Januar ein Erfolg bedeuten würde, könnten diese nur durch eine aggressive Außenpolitik befestigen, die schließlich zum Kriege führen würde. Der ehemalige Kriegsminister Lefèvre erklärt in einem Aufsatz des „Journal“, in den sechs Wochen seit seinem Rücktritt habe sich seine Anschauung noch gefestigt, daß Frankreich allein fast genug bleiben müsse, um seine Ansprüche Deutschland gegenüber durchzusetzen. Deutschland müsse nicht nur entworfen werden, sondern es müsse in dauernder militärischer Ohnmacht gehalten werden. Das sei das einzige Mittel, um Deutschland jeden Versuch zu nehmen, sich in ein neues Abenteuer zu stürzen, das sonst unweigerlich kommen müsse. Im Verein damit müsse Frankreich eine aktive Politik in Osteuropa führen und die polnisch-litauisch-ukrainische Barriere zwischen Deutschland und Rußland aufrechterhalten. Das gleiche gelte für Frankreich im Westen. England und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten ihre Sorgen und dächten auch anders über das ganze Problem, jedoch Frankreich auf sie kaum rechnen könne.

50. Geburtstag des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Februar. Die Mitglieder des Reichskabinetts sprachen heute unter Führung des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten vor, um ihm zu seinem 50. Geburtstag die Glückwünsche auszusprechen.

Die englischen Budgetkredite.

Paris, 4. Februar. Wie der „Matin“ aus London meldet, sagte der Finanzminister Chamberlain in Birmingham in einer Rede über das Budget für 1921/22, die im Budget geforderten Kredite beliefen sich auf 950 Mill. Pfd. Sterl.

lagt zu der gestrigen ministeriellen Erklärung, die Ansicht, daß Deutschland 2200 000 t Kohlen monatlich, anstatt 2 000 000, wie jetzt, liefern solle, bedeuete nur, daß der deutsche Arbeiter eine erschöpfende Mehrarbeit leisten muß. Man kann nicht sagen, daß diese Forderung dem Vertrage von Versailles entspreche, weil das dem Vertrage beigegebene Arbeitsrecht den Grundgedanken des Abkommens widerspricht, der jetzt schon überschritten werden mußte. Mit seiner Ankündigung hat Briand gestern den deutschen Arbeitern mitgeteilt, daß diese sich in Hörigkeit befinden.

Abbruch der englisch-russischen Verhandlungen?

Kopenhagen, 4. Februar. Nach einer Meldung der „Jornstina“ sind die Verhandlungen zwischen England und Rußland über die Wiedereinführung der Handelsverbindung mit England abgebrochen worden, weil England verlangte, daß Rußland Indien, Kleinasien, Persien und Afghanistan als englische Interessensphäre anerkennen sollte. Die Sowjets sollten sich verpflichten, keine Agitation in diesen Ländern gegen England zu treiben. Außerdem verlangte England, daß Rußland seine ganze Schuld anerkenne.

Karl Hauptmann †.

Hirschberg, 4. Februar. Dem „Voten aus dem Riesengebirge“ zufolge ist in der vergangenen Nacht der Dichter Dr. Karl Hauptmann auf seinem Besitztum in Schreiberhau an Herzschwäche, die sich als Folge eines im vorigen Jahre eingetretenen Schlaganfalls eingestellt hatte, 63 Jahre alt, gestorben.

20 Milliarden Dollars.

Philip Gibbs schreibt im „New York Globe“, daß der Versuch, Deutschland zu zwingen, die festgesetzten Entschädigungssummen zu zahlen, in ganz Europa Unruhen hervorzurufen würde, und er sagt: „Ich bin kein Fachmann. Aber das ist durchaus sicher, daß eine solche Summe nicht eingetrieben werden kann. Wenn die Beschlüsse der Pariser Konferenz tatsächlich ausgeführt werden, dann bedeutet das den langsamen Tod für Deutschland.“ In Washington erklärten hochstehende Beamte, daß die Höhe der festgesetzten Summe unanständig sei und sie schlugen als Maximum für das, was Deutschland imlande sei zu zahlen vor die Summe von 20 Milliarden Dollars.

Die Indes gegen die neue Verfassung.

Paris, 4. Februar. Der „Matin“ meldet aus Kalkutta: Aus Anlaß der Eröffnung des gesetzgebenden Rates durch den Herzog von Connaught haben die indischen Agitatoren, die das Zusammengehen mit der englischen Verwaltung ablehnen, in Kalkutta Versammlungen abgehalten und Anträge angenommen, in denen die neue Verfassung verurteilt wird. In einer dieser Versammlungen forderte Mohammed Ali seine Landsleute auf, mit ihm zu sterben, weil durch ihren Tod Indien befreit werden würde.

Raubmord in Chemnitz.

Chemnitz, 4. Februar. Wie die „Neuesten Nachrichten“ melden, ist gestern Abend die 71 Jahre alte Privata Richter, eine Schwester des verstorbenen Chemnitzer Oberpostdirektors R., in ihrer in der Weststraße gelegenen Wohnung mit Stichwunden in Kopf und Hals ermordet aufgefunden worden. Der Mörder ist unerkannt entkommen. In der beabsichtigten Vererbung wurde er durch das Hinzukommen der Hausbewohner verhindert, so daß ihm Beute nicht in die Hände gefallen ist.

Die Anschlussbewegung in Oesterreich.

Von unserem Wiener + -Mitarbeiter.

Wien, 3. Februar. Die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland tritt immer mehr in den Vordergrund und wird nun auch den Nationalrat wieder beschäftigen. Die Pariser Beschlüsse wirken dabei durchaus anchlussfördernd. In der letzten Zeit haben der Tiroler und der Salzburger Landtag die Anschlussfrage eingehend erörtert und Abordnungen dieser Landtage sind nun nach Wien entsandt worden, um die Regierung über die Beschlüsse zu unterrichten. Morgen wird der Ausschuss für Äußerer des Nationalrates zusammen-treten, um die Anschlussfrage vertraulich zu besprechen. Es werden daher die folgenden Ausführungen, die uns vor einiger Zeit von unserem Mitarbeiter zugegangen sind, als unterrichtend über die Anschlussbewegung unserer Lesern nicht unwillkommen sein.

Bevor die konstituierende Nationalversammlung Österreichs auseinandergeht, hat sie den einstimmigen Beschluss gefasst, es sei bis zum April d. J. ein Volksentscheid über dem Anschluss an das Deutsche Reich einzuzufassen. Seitdem ist Österreich in den Völkerverbund aufgenommen worden, und es kann ihm nicht verwehrt werden, dessen Zustimmung zum Anschluss an Deutschland zu erbitten. Für ein solches Gesuch würde eine Volksabstimmung, deren Ausfall nicht zweifelhaft ist, die sichere Grundlage bieten. Wenn aber das Gesuch eingebracht würde, wie es bei Durchführung der Volksabstimmung in der nächsten Tagung des Völkerverbundes geschehen müsste, dann würde damit nicht bloß theoretisch, sondern zum erstenmal auch praktisch die große Schicksalsfrage des Bundes aufgeworfen: Sieht der Völkerverbund über oder unter den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain? Kann er Recht an die Stelle des Unrechts dieser Verträge setzen? Das ist, im gegebenen Falle, gleichbedeutend mit der Frage: Welche Kompetenz hat die Volksversammlung des Völkerverbundes gegenüber dem Völkerverbundrat? Nach den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain bedarf es für Österreichs Anschluss an Deutschland der einstimmigen Zustimmung des Völkerverbundrates, und da Frankreichs Vertreter im Male dem Auftrage seiner Regierung gemäß gegen den Anschluss stimmen muß, ist diese Bedingung unerfüllbar. Aber schon in Genf hat sich eine Ratte Bewegung innerhalb des Völkerverbundes zugunsten seiner Selbstständigkeit gegenüber der Mächtegruppe gezeigt, die, indem sie einen Völkerverbund ins Leben zu rufen verließ, bloß den Siegerbund über den Weltkrieg hinaus zu erhalten und durch die im Striege neutralen Staaten zu verwickeln gedachte. Wenn Österreich das Recht der Selbstbestimmung anrufen wird, kann es geschehen, daß die Entscheidung über Völkerverbund und Siegerbund, die in Genf noch einmal vertagt wurde, nicht länger aufzuschieben ist. Dann würde endlich der Völkerverbund sich auf seine Aufgabe besinnen können, oder die Staaten, die sich dem Gebot des großen Mächtebündnisses nicht unterwerfen wollen, würden dem Beispiel Argentiniens folgen und ihren Austritt aus dem Bunde vollziehen können.

Die neue Regierung in Österreich hat noch keinerlei Anstalten getroffen, um die Volksabstimmung über den Anschluss vorzubereiten, und es ist keineswegs sicher, ob sie die Abstimmung überhaupt durchzuführen gewillt ist. Der Landtag von Tirol hat jedoch den Beschluss gefasst, eine Beschlüssung der Abstimmung für ganz Österreich zu verlangen und sie jedenfalls in Tirol selbst rechtzeitig durchzuführen. Ein gleichartiger Beschluss dürfte auch im Salzburger Landtag gefasst werden. Diese beiden Länder liegen ja auch zunächst im wirtschaftlichen Wirkungskreis Deutschlands, gravitieren weit stärker nach München als nach Wien und wünschen, falls es nicht zum Anschluss ganz Österreichs an das Reich käme, ebenso ihren Sonderanschluss an Deutschland durch-zusehen, wie andererseits Vorarlberg seine Loslösung von Österreich behufs Anschlusses an die Schweiz betreibt. Nicht ganz so wie in Salzburg und Tirol liegen die Dinge in Ober- und Niederösterreich, in der Steiermark und in Kärnten, besonders aber in Wien. Auch in diesen Bundesländern ist eine Ratte Mehrheit für den Anschluss